Bonitätsprüfer
„Warum Ratingagenturen deutsche Kommunen anbaggern“

Seit Jahren versuchen die großen amerikanischen Ratingagenturen, eine neue Kundengruppe zu erschließen: die deutschen Kommunen. Bislang widerstehen die Städte dem Werben der Bonitätsfirmen. Doch diese baggern unverdrossen weiter.

Im Rathaus von Weyarn, einer oberbayerischen Gemeinde mit zwei Banken, vier Schützenvereinen, gut 3400 Einwohnern und der Postleitzahl 83.629, findet am 20. Februar 2009 eine Pressekonferenz statt. Auf der Bühne, gleich neben dem Bürgermeister, hat Thomas Fischinger Platz genommen, Associate Director der mächtigen amerikanischen Ratingagentur Standard & Poor's (S&P). Der Medienandrang ist nicht sehr groß an diesem Tag, aber immerhin: Das örtliche „Gmoablattl“ (Gemeindeblatt) berichtet.

Zwei Jahre lang haben Fischinger und sein S&P-Kollege Michael Teig die Bilanzen der winzigen Kommune durchkämmt. Nun präsentieren sie den lokalen Journalisten das Ergebnis ihrer Recherche: ein zwölfseitiges Papier, das hochtrabend mit „Standard & Poor's - Public Finance“ überschrieben ist und in dessen Niederungen sich Sätze finden wie: „In 2007 wurden ein Betonwerk sowie ein Nahrungsmittelhersteller und -händler angeworben.“ 40.000 Euro hat die Analyse gekostet. Weyarn bekommt nun von S&P die Bonitätsnote „AA-". Das ist etwas schlechter als die Bundesrepublik Deutschland und etwas besser als Daimler. Das „Gmoablattl“ berichtet stolz, dass sich Weyarn erfolgreich „einer Prüfung auf Herz und Nieren“ unterzogen habe.

Fast 13.000 Städte, Gemeinden und Kreise gibt es in Deutschland, der Bundesbank zufolge waren sie Ende letzten Jahres mit insgesamt 122 Mrd. Euro verschuldet. Für Firmen, deren Geschäftsmodell darin besteht, Verbindlichkeiten zu bewerten, ist das ein gigantischer potenzieller Markt. Seit Jahren versuchen S&P, Moody's und Fitch daher verzweifelt, mit den Städten ins Geschäft zu kommen. Bloß: Die wichtigen Adressaten wie München, Frankfurt oder Köln lassen die drei Ratingagenturen regelmäßig abprallen. Nur ein paar wenige Kommunen sind dem Werben der Firmen bislang erlegen. Kommunen wie Weyarn.

Neue Generation von Kämmerern

Das Baggern der Bonitätsprüfer beginnt um 2005 herum. Eine neue Generation von Kämmerern zieht damals in die Rathäuser ein. Sie verstehen sich nicht mehr als reine Etatver-

walter, sondern als professionelle Schuldenmanager. Die ersten Städte etablieren zudem die sogenannte Doppik, das Kunstwort steht für doppelte Buchführung in Konten. Man will jetzt bilanzieren und wirtschaften wie richtige Unternehmen.

Der frische Wind, so glauben die Ratingagenturen, kann auch sie selbst beflügeln. Es gebe großes Potenzial für kommunale Ratings, prahlt seinerzeit Nicolas Painvin, der für Fitch den öffentlichen Sektor in Deutschland betreut. Sein Kollege Michael Bunemann von Moody's meint: „Bei Gesprächen mit Stadtkämmerern wird deutlich, dass das längerfristig auf sie zukommt. Die Frage lautet nicht ob, sondern wann."

Nicht nur die Bonitätsfirmen wittern ein großes Geschäft, auch die Banken, die sich als Berater für die Städte und auch als Käufer möglicher Anleihen in Position bringen. Vor allem die Depfa biedert sich den Kommunen an, jene Bank also, die wenige Jahre später mit ihrer Mutter Hypo Real Estate das deutsche Finanzsystem erschüttern wird.

Damals tingeln die Depfa-Leute beispielsweise zum „1. Deutschen Kämmerertag" nach München oder zur „Doppik-Einführung" nach Wetzlar. Ihre Botschaft ist immer die gleiche: Eine Kommune, die auch in Zukunft noch billig an Fremdkapital kommen will, wird nicht umhinkönnen, sich eine Bonitätsnote der drei großen Ratingagenturen zu besorgen.

Und tatsächlich: Für kurze Zeit scheint es, als könnte der Finanzwirtschaft der Durchbruch gelingen. Düsseldorf, immerhin eine der zehn größten deutschen Städte, lässt sich von Moody's durchleuchten und erhält ein „Aa1"-Rating, die zweitbeste mögliche Bewertung überhaupt. Die Rheinmetropole verkauft das Rating medienwirksam als neues Markenzeichen, und so wächst auch andernorts das Interesse. Rathaus für Rathaus klappern die Ratingagenturen in jener Zeit ab, jedenfalls in den größeren Städten.

Dann organisiert der Deutsche Städtetag Widerstand. Der kommunale Dachverband fürchtet, dass ein Ratingsystem dazu führt, dass die Kreditwirtschaft reiche Städte gegen ärmere ausspielt. Bei den Kämmerern findet die Argumentation Gehör. Düsseldorf bleibt zunächst ein Einzelfall.

Doch die Agenturen baggern weiter.

September 2010, Frankfurt am Main, Taunusanlage 17, die deutsche Dependance von Fitch. Analyst Guido Bach sitzt in seinem Büro und lässt die Verschuldungskennziffern von mehr als 10.000 deutschen Kommunen durch seinen Computer laufen. Fitch hat die Daten für teures Geld beim Statistischen Bundesamt eingekauft. Vorderhand arbeitet Bach an einer Studie zur kommunalen Finanzlage, die Veröffentlichung ist für Anfang 2011 geplant.

Eigentlich aber geht es der Agentur um etwas anderes: Sie will eine langfristig angelegte Datenbasis schaffen, um für den Tag X vorbereitet zu sein - jenen Tag, an dem aus den Rathäusern doch noch der Ruf nach Ratings ertönt. Die Firmen propagieren dieses Ziel zwar nicht mehr so lauthals wie noch vor einigen Jahren. Aber Fitch-Deutschlandchef Jens Schmidt-Bürgel sagt durchaus selbstbewusst: "Wir wollen uns positionieren, um vorbereitet zu sein, wenn Anfragen kommen." Konkretes Interesse gebe es momentan zwar keines. „Aber wir führen da Gespräche, um Vorbehalte abzubauen", versichert Schmidt-Bürgel.

Der ungebrochene Glaube der Agenturen beruht vor allem auf der stetig steigenden Schuldenlast der Kommunen. Die Ausgaben wachsen seit Jahren - während die Städte auf der Einnahmenseite stark von den schwankungsanfälligen Gewerbesteuern abhängen. Früher

oder später, so jedenfalls die Lesart der Ratingfirmen, "werden einige Kämmerer überlegen müssen, ihre Finanzierung zu diversifizieren", wie Fitch-Deutschlandchef Schmidt-Bürgel sagt.

Konkret heißt das: Sie werden nicht mehr bloß Kredite aufnehmen, sondern auch Anleihen begeben - die sich wiederum per Unbedenklichkeitszertifikat der Ratingagenturen zinsgünstiger emittieren lassen.

Kritikern, die dieses Szenario für eine Wunschvorstellung halten, begegnen die Agenturen mit dem Verweis auf das europäische Ausland. In der Tat haben sich zum Beispiel in Frankreich, Spanien oder Italien schon Dutzende Städte raten lassen. Die Liste reicht von Lille bis Lyon, von Madrid bis Malaga, von Bozen bis Bologna.

Warum also nicht auch in Deutschland? „Weil das Risiko pleitezugehen für alle deutschen Städte gleich hoch ist - nämlich gleich null. Im Zweifel steht der Steuerzahler gerade.“ So sagt es jedenfalls Lars Martin Klieve, Kämmerer der Stadt Essen.

Alle sind Triple-A

Das ist einerseits eine sehr theoretische Argumentation. Schließlich gibt es neben einigen reichen Kommunen in Deutschland auch viele arme, die kaum noch in der Lage sind, ihre Basisaufgaben zu erfüllen - wie zum Beispiel Klieves Essen.

Andererseits: Solange bei den kreditgebenden Banken die Überzeugung vorherrscht, dass für eine bankrotte Stadt im Zweifel andere Städte, das Land oder zur Not gar der Bund einspringen - so lange gibt es für die Kommunen keinen Grund, von dieser Argumentation abzuweichen.

Ein Sprecher der wohlhabenden Stadt München sagt deshalb: „Was sollen wir mit einem Rating? Wir haben bessere Kreditkonditionen als die Staatsbank KfW.“ Und Kämmerer Klieve aus dem armen Essen behauptet: „Die Banken behandeln uns nicht schlechter, als sie München behandeln.“ Beim Deutschen Städtetag heißt es lapidar: „Für die Kommunen gilt das gleiche geringe Ausfallrisiko wie für die Bundesrepublik.“

Mithin: Alle sind sie „AAA“ - oder geben es zumindest vor.

Selbst für die Stadt Düsseldorf gilt das mittlerweile wieder. Die NRW-Landeshauptstadt hat ihr Rating zwar noch zweimal verlängern lassen, seit 2008 aber kommt sie wieder ohne aus. Zu den Gründen will sich der Kämmerer nicht äußern. Man halte die Note mittlerweile für „entbehrlich“, heißt es lediglich in einer kurzen Mitteilung. Es scheint fast, als sei der Stadt das Tamtam, das sie einst um ihr Rating machte, inzwischen peinlich.

Selbst in Weyarn sieht man die Sache mit S&P inzwischen eher kritisch. „Die Auseinandersetzung mit der Ratingagentur hat uns dazu gebracht, uns mal intensiver mit unserer eigenen Gemeinde auseinanderzusetzen. Insofern war der Prozess hilfreich“, sagt Bürgermeister Michael Pelzer, der schon seit 1990 amtiert. Aber: „In manchen Punkten waren wir mit der Bewertung nicht einverstanden. Unsere vorausschauende Grundstückspolitik zum Beispiel haben die S&P-Analysten gar nicht kapiert. Das stand nicht auf deren Checkliste. Also haben sie das auch nicht berücksichtigt.“

Nur wenige Wochen nach der gemeinsamen Pressekonferenz im Februar 2009 hat die Gemeinde Weyarn S&P wissen lassen, dass sie die eben erst ausgestellte Note nicht mehr verwenden will. Die Agentur zog das Rating daraufhin im April zurück.

Kleiner Trost: Das "Gmoablattl" hat über den peinlichen Vorgang nie berichtet.

Auf der Suche nach neuen Kunden
Benotung Ratingagenturen bewerten die Bonität eines Schuldners mit einer Note, an der sich die Investoren orientieren können. Ein „AAA“ signalisiert nahezu kein Ausfallrisiko. Vereinfacht ausgedrückt steht der Buchstabe A für eine sichere Anlage, B für ein spekulatives Investment und C für einen drohenden Zahlungsausfall.
Ansehen In der Finanzkrise waren die Agenturen in die Kritik geraten, weil sie Wertpapiere für sicher erklärt hatten, die dann doch ausfielen. Sowohl in den USA als auch in Europa versucht die Politik seitdem, diese Firmen strenger zu regulieren. Gleichzeitig verzichten Unternehmen verstärkt auf ein Rating, wenn sie Anleihen begeben.
Kommunen Anders als in den USA finanzieren sich deutsche Städte und Kommunen noch über Kredite. Ratingagenturen sehen in ihnen deswegen eine neue Kundengruppe. Die aktuelle Situation in den USA ist aber eher alarmierend: Einige der US-Kommunen wie Harrisburg in Pennsylvania sind zahlungsunfähig. Ihre Anleihen fallen aus.

Fundstelle:

FTD-Online vom 26. September 2010